

Resolution des Jugendrates gegen Rechtsextremismus



Mit Entsetzen und Betroffenheit nimmt der Jugendrat der Stadt Nienburg/Weser die Ereignisse der vergangenen Monate zur Kenntnis, bei denen mit dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und den neun Menschen in Hanau wieder vermehrt Menschen aus rechtsextremen Motivgründen getötet wurden.

Rechtsextremes Wahlverhalten und Auftreten darf nicht als reines Protestverhalten verstanden und damit verharmlost werden. Rechtsextremes Gedankengut macht sich schleichend breit und ist im Wesentlichen der Nährboden dafür, dass inmitten unserer Gesellschaft Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer Nationalität oder Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer sexuellen Identität, ihres Alters, ihrer Behinderung, ihrer sozialen Stellung oder ihrer persönlichen Umstände ausgegrenzt, benachteiligt und auch mit Gewalt bedroht werden.

Mit Empörung und Unverständnis müssen wir zudem feststellen, dass seit geraumer Zeit nicht nur in unserer Region rechtsextreme Aktivitäten zu verzeichnen sind, sondern auch unsere Stadt durch Kundgebungen rechter Gruppierungen wie dem rechtsextremen „Freundeskreis Thüringen-Niedersachsen“ unmittelbar in die Aktivitäten dieser rechtsextremen Gruppierung einbezogen wurde. Auch die Bedrohungen gegen den ehrenamtlichen Bürgermeister der Gemeinde Estorf, die auf seine Haltung zur Flüchtlingspolitik bezogen waren und zu dessen Rücktritt geführt haben, nehmen wir mit Sorge zur Kenntnis.

Dem müssen wir entschlossenes und gemeinsames Handeln entgegen setzen. Politik, Vereine und Verbände, Gruppen und Initiativen und alle Jugendlichen und junge Erwachsene sind aufgerufen, unsere Gesellschaftsordnung aktiv gegen derartige Anfeindungen zu verteidigen und dem weiteren Anwachsen des Rechtsextremismus entschieden Einhalt zu bieten.

Der Jugendrat der Stadt Nienburg/Weser stellt fest, dass rechtsextrem-motivierte Aktivitäten und Diskriminierungen eindeutig im Widerspruch zu dem in Artikel 1 Grundgesetz garantierten Schutz der Menschenwürde und dem in Artikel 3 Grundgesetz enthaltenen Gleichbehandlungsgebot stehen.

Deshalb

- verpflichtet sich der Jugendrat der Stadt Nienburg/Weser, im Rahmen seiner Möglichkeiten alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um jeder Art von rechtsextremen Aktivitäten entgegenzuwirken.
- fordert der Jugendrat der Stadt Nienburg/Weser alle Jugendliche und junge Erwachsene sowie alle ansässigen oder tätigen Vereine und Verbände, Gruppen und Initiativen auf, sich dieser Selbstverpflichtung anzuschließen. Wir brauchen ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Rassismus und Gewalt.
- wird der Jugendrat der Stadt Nienburg/Weser Maßnahmen ergreifen und unterstützen, die in Schulen und Jugendeinrichtungen die demokratische Entwicklung fördern und Jugendliche und junge Erwachsene in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Aktivitäten und Gedankengut stärken.
- fordert der Jugendrat der Stadt Nienburg/Weser die Bundesregierung, Landesregierung und den Bürgermeister der Stadt Nienburg/Weser auf, verstärkt Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten zu organisieren und Initiativen gegen Rechtsextremismus zu unterstützen.

Der Jugendrat der Stadt Nienburg/Weser ruft alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen unserer Stadt auf, gemeinsam deutlich Zivilcourage zu zeigen:

- Verwehren Sie sich gegen diskriminierende und rassistische Äußerungen
- Schauen Sie bei Übergriffen von Rechtsextremisten nicht weg
- Rufen Sie bei rechtsextremen Straftaten unverzüglich die Polizei
- Treten Sie aktiv gegen Ausgrenzung und für ein friedliches Zusammenleben ein

Der Jugendrat der Stadt Nienburg/Weser

Nienburg/Weser, den 03.06.2020